

kurz&bündig

Wahlkreiszeitung von Karin Binder, MdB

Griechenland Solidarität: Finanzdiktat macht aus Griechenland Kleinholz

**Liebe Leserinnen
und Leser,**

nach dem Rücktritt von Christian Wulff können die Menschen, die Medien, kann die Politik in Deutschland sich endlich wieder den wichtigen Themen zuwenden. Unruhen und Kriege, nicht nur im arabischen Raum, in vielen Teilen dieser Welt. Täglich sterben Menschen nicht nur durch Waffengewalt, sondern an Armut. Sie erfrieren, weil sie kein Dach über dem Kopf haben oder sie verhungern, weil sie nichts oder nicht genug zu essen haben. Mittlerweile erhalten wir schon Berichte aus Griechenland, dass Kinder in der Schule erschöpft zusammenbrechen, aus Hunger!

Wie weit wollen es die Banken, die Finanzwirtschaft und die neue „Eiserne Lady“ Europas mit ihrem französischen Gehilfen es eigentlich noch treiben. Sie ruinieren auf diese Weise nicht nur Griechenland. Das auferlegte Spardiktat fordert weitere Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst, über 80.000 Beschäftigte wurden schon auf die Straße gesetzt. Die Löhne und Gehältern sollen weiter gekürzt werden. Die Renten werden gekürzt. Was kann man bei nicht einmal 600 Euro noch kürzen? Die GriechInnen wissen schon heute nicht mehr, wie sie ihre Familien durchbringen sollen. Annähernd 50 % der jungen Menschen haben keinen Arbeitsplatz. Es gibt schon jetzt eine „Stadtflucht“. Das bedeutet, dass Griechenland über kurz

oder lang ein enormes Fachkräfteproblem bekommen wird. Erworbene Qualifikationen gehen verloren.

Wenn jetzt nicht sofort ein ernstzunehmender Schuldenschnitt erfolgt und begleitet wird von einer Art „Marshallplan“, dann führt das zu einer menschlichen und zu einer politischen Katastrophe, deren Ausmaß heute noch niemand wirklich einschätzen kann. Denn es wird nicht bei Griechenland bleiben. Die Entdemokratisierung innerhalb der EU, verbunden mit dem wahnwitzigen Spardiktat wird auch andere europäische Länder in die Verarmung treiben, auch den Exportweltmeister Deutschland, denn es wird niemand mehr unsere - mit Lohndumping - erzeugten Waren abnehmen können.

Daraus ergibt sich für mich nur eine Konsequenz. Wehren wir uns gegen diese Politik, unterstützen die griechische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen diese Menschen verachtende Politik aus Deutschland. Gerade die deutschen Gewerkschaften sind hier in der Pflicht und müssen sich in den kommenden Tarifaueinandersetzungen auch dieser Thematik annehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, tragt es hinein in eure Gremien und in eure Betriebe. DIE LINKE unterstützt euch nach Kräften dabei.

Ihre/Eure



Karin Binder, MdB



Karin Binder

Seit 2005 bin ich Mitglied des Bundestags. In der Fraktion DIE LINKE bin ich Parlamentarische Geschäftsführerin und Mitglied im Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Vor meiner Abgeordnetentätigkeit habe ich lange Jahre als aktive Gewerkschafterin und Betriebsrätin gearbeitet. Zuletzt war ich hauptamtliche DGB-Regionsvorsitzende in Karlsruhe. Deshalb stehen für mich die Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere der Menschen mit kleinen Einkommen im Mittelpunkt meiner Arbeit.

PLUSMINUS

+PLUS++++++

In immer mehr Ländern protestieren die Menschen gegen die Auswirkungen der Finanzkrise: Nicht die Menschen in Griechenland sind schuld, an der Krise sondern die Banken.

-MINUS-----

Der Verfassungsschutz beobachtet DIE LINKE. Neonazis und NSU ließ er gewähren. Auch in Baden-Württemberg hält die SPD leider weiter an einer Beobachtung der LINKEN fest.

www.karin-binder.de

Karin Binder auf der Grünen Woche

LINKE überzeugt mit politischen Rezepten für gute Ernährung vom Acker bis zum Teller

Von Karin Binder, Obfrau für DIE LINKE im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Bundestages

Unter dem Motto »Was is(s)t gesund?« war die Bundestagsfraktion DIE LINKE in diesem Jahr vom 20. bis 29. Januar 2012 wieder auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin präsent. Mit dem Schwerpunkt „Verbraucherschutz vom Acker bis zum Teller“ war unser Infostand für viele Messebesucherinnen und -besucher interessant und immer gut besucht.

Nach Dioxin und Antibiotikaskandalen fragen sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher, was auf ihren Tellern landet. Kundinnen und Kunden sollten darauf vertrauen können, dass die eingekauften Lebensmittel und Produkte nicht nur unbedenklich, sondern gesund und sicher sind. Hier ist die Politik gefragt.

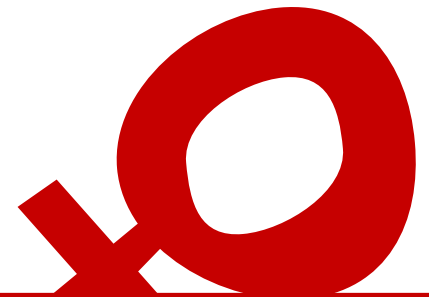
Der Gesprächsbedarf der Besucherinnen und Besucher über Themen wie nachhaltige Landwirtschaft, Massentierhaltung, Gentechnik, Schadstoffe im Essen und die Macht der

Lebensmittelindustrie war enorm. Die Abgeordneten der Linksfraktion überzeugten die Interessierten mit ihren Positionen und den Forderungen nach aktiver Verbraucherpolitik. Die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Beschäftigten in der Ernährungsbranche stehen für DIE LINKE dabei im Mittelpunkt. Wir fordern hohe ökologische und soziale Standards für alle Produkte und Dienstleistungen. Statt Exporte zu subventionieren, soll regionale Erzeugung und Vermarktung gestärkt werden. Wirksamer Verbraucherschutz braucht klare gesetzliche Vorgaben sowie starke und unabhängige Verbraucherorganisationen.

DIE LINKE im Bundestag stellte sich bereits das fünfte Mal auf der weltgrößten Agrar- und Ernährungsmesse den Fragen der Besucherinnen und Besucher. Im Mittelpunkt stand dieses Jahr das Rote Kochbuch der Fraktion, in dem zahlreiche Abgeordnete ihre Lieblingsrezepte niedergeschrieben haben. Zwischen den Rezeptvorschlägen finden sich zehn wichtige politische Forderungen der LINKEN - von A wie artgerechter Tierhaltung bis Z wie Zusatzstoffe in Lebensmitteln. Das

Rote Kochbuch war ein riesiger Erfolg. Mehr als 5.000 der Rezepthefte wurden den Messebesuchern überreicht.

Daneben konnten sich die Besucherinnen und Besucher als Köchin und Koch ablichten lassen. Das Foto wurde vor Ort ausgedruckt oder per E-Mail zugesandt. Sehr beliebt war auch das Schülerquiz mit Fragen über Landwirtschaft, gesunde Ernährung und Verbraucherschutz, an dem zahlreiche Schulklassen und Jugendgruppen teilnahmen.



Internationaler FRAUENTAG 2012

»Ich fordere Freiheit und das Recht auf Selbstentfaltung, das Recht eines jeden Individuums, Schönes und Sinnvolles zu tun.«
Emma Goldman

Allen Freundinnen, Kolleginnen, Genossinnen, Müttern, Töchtern, Schwestern, Großmüttern, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Schönheitsköniginnen, Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen und Diven in und außerhalb der LINKEN unsere besten Wünsche zum Internationalen Frauentag!

Eure
Karin Binder



Karin mit Klaus Ernst auf der Grünen Woche 2012 am gut besuchten Stand der LINKEN.



Rheintalbahn richtig machen!

Bürgertrasse umsetzen - Beteiligung und Mitspracherechte der BürgerInnen weiter ausbauen.

Als badische Bundestagsabgeordnete freue ich mich mit den Mitgliedern der Bahn-Bürgerinitiative "Mensch und Umwelt schonende DB-Trasse e.V." (MUT) über die Zusagen aus dem Bundesverkehrsministerium, bei der Neubaustreckenplanung im nördlichen Markgräflerland nun offenbar deren wesentliche Forderungen nach der sogenannten Bürgertrasse umzusetzen.

Jetzt kommt es entscheidend darauf an, dass Berlin die "DB ProjektBau GmbH" auffordert, ohne weitere Verzögerung für den gesamten Bereich der Freiburger Güterumfahrung eine konsensfähige Planung zu erarbeiten, und dass man die Bereitstellung der Bundesmittel für den Bau und der zugesagten Landesbeteiligung an den Mehrkosten dann auch wirklich sicherstellt. Eine zügige Realisierung dieses Projektabschnittes ist insbesondere wichtig für die dringend notwendige Verbesserung des Schienenpersonahverkehrs im Raum Breisgau bei gleichzeitiger konsequenter Verlagerung des Güterverkehrs von der A5 auf die Schiene.

Leider haben wir es seit der sogenannten Bahnreform 1994 nur allzu

oft erlebt, dass die jeweiligen Bundesregierungen und Regierungsfaktionen absichtlich die Gestaltung der Bahnpolitik völlig den Vorständen des DB-Konzerns überlassen haben. Und die Leidtragenden dabei waren und sind neben den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern, die Bahnbeschäftigten und fortwährend die gebeutelten Bahnreisenden, gerade auch hier in Südbaden!

Ich spreche mich erneut dafür aus, das grundsätzliche Planungskonzept der Neubaustrecke zwischen Offenburg und Kenzingen/Riegel zum Nutzen der Region zu überarbeiten. Ich unterstütze in diesem Sinne auch die Forderungen des "Aktionsbündnis Rheintalbahn 21". Dieser Zusammenschluss verschiedener Gruppierungen hat sich im Dezember 2011 gegründet um zu verhindern, dass die weitere Realisierung der Aus- und Neubaustrecke am Oberrhein unter der Fortsetzung des fragwürdigen Bauprojektes "Stuttgart 21" leidet.

Infos im Internet:

www.rheintalbahn.wordpress.com

www.ig-bohr.de

Bespitzelung der LINKEN und ihrer Abgeordneten sofort beenden!



Die Bespitzelung von Abgeordneten der LINKEN steht in der Tradition von Berufsverboten und unterminiert die Werte der parlamentarischen Demokratie. Ein Gipfel ist erreicht, wenn der Verfassungsschutz Linke bespitzelt, parlamentarische Immunität von linken Abgeordneten aufgehoben und gleichzeitig Rechtsterrorismus verharmlost und finanziert wird.

Die Bespitzelung ist ein rechtswidriger Angriff auf unsere Partei. Getroffen werden sollen DIE LINKE als sozialistische Partei in der Bundesrepublik, ihre Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand gegen undemokratische und unsoziale Entwicklungen in diesem Land, insbesondere auch gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus, leisten.

Getroffen werden soll aber zugleich der zunehmende gesellschaftliche Widerstand gegen die gegenwärtige Politik der Bundesregierung, auch und gerade in der Frage der Bekämpfung von Neofaschismus und Rechtspopulismus. Durch die Kriminalisierung dieses Widerstandes soll Widerstand begrenzt oder gar verhindert werden.

Offener Brief der Landesgruppe der LINKEN im Bundestag an die Landesregierung
 >>> <http://bit.ly/xl03sO>



Rente mit 67 - Nein Danke!

Nicht aussetzen, sondern abschaffen heisst die Devise

Weniger als zehn Prozent der 64-Jährigen in Deutschland sind kurz vor der Rente noch regulär in Vollzeit beschäftigt. Dennoch erhöht die Bundesregierung das Renteneintrittsalter. Von 2012 bis 2029 wird es schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Dazu wird bis 2023 der Renteneintritt jährlich um einen Monat verschoben. Ab 2023 um zwei Monate pro Jahr. Im Klartext: Wer nächstes Jahr 65 ist, muss einen Monat länger arbeiten. Für alle Jahrgänge ab 1962 bedeutet das: Ruhestand künftig erst mit 67 Jahren.

Die Bundesregierung will, dass Menschen länger arbeiten. Doch die Frage lautet: Wie soll das funktionieren? Die Erwerbsbeteiligung ab dem 60. Lebensjahr nimmt drastisch ab. Von Jahrgang zu Jahrgang mehr. Dafür gibt es viele Gründe: Menschen sind kaputt von der Arbeit oder aus anderen Gründen krank und Unternehmen stellen keine Älteren ein. Für die Mehrheit der Menschen bedeutet das: Sie werden zusätzliche Abschläge auf die Rente hinnehmen müssen. Bereits jetzt erhalten über 50 Prozent aller Neurentner Abschläge in einer durchschnittlichen Höhe von 102,40 Euro, da sie nicht bis 65 gearbeitet haben und früher in Rente

gehen mussten. Bei Erwerbsminderung erhalten fast alle Abschläge. Diese Situation wird durch die Rente ab 67 enorm verschärft. Wer nicht zwei Jahre länger arbeiten kann, erhält eine Renten Kürzung um 7,2 Prozent pro Jahr.

Nun hat die SPD einen Gesetzentwurf angekündigt, durch den die Rente mit 67 „ausgesetzt“ werden soll. Eine späte Einsicht und wenig glaubhaft, denn die SPD hat die Anhebung des Renteneintrittsalters selbst mit auf den Weg gebracht. Die Fraktion DIE LINKE hingegen hat von Anfang an vor den sozialen Folgen einer Rente erst ab 67 gewarnt und die Rentenpolitik von Schwarz-Gelb, SPD und Grünen scharf kritisiert.

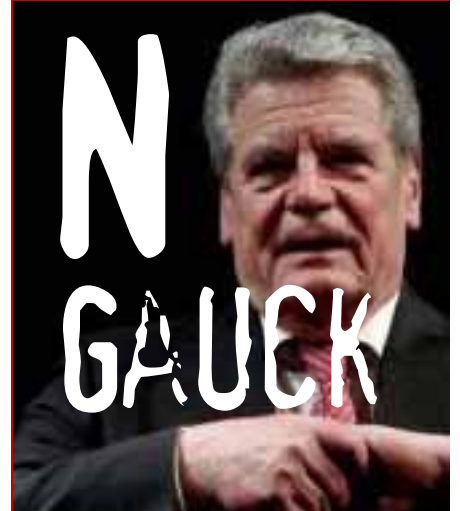
DIE LINKE hingegen will flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen und die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Versicherung ausbauen, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte und Politikerinnen und Politiker.

Die Rente mit 67 ist ein weiterer zusätzlicher Rentenklau. Sie gehört deshalb nicht ausgesetzt, sondern abgeschafft!



Gauck für LINKE nicht wählbar

Parteitaktik von Koalition, SPD und Grünen beschädigt Amt weiter



Koalition, SPD und Grüne haben sich auf Joachim Gauck als neuen Bundespräsidenten verständigt. Für DIE LINKE bleibt Gauck unwählbar.

Gregor Gysi erinnert: „Bei unserem Gespräch mit ihm in der Fraktion erklärte er, dass er für den Afghanistan-Krieg sei, Hartz IV begrüße und es richtig fände, dass unsere Partei vom Inlandsgeheimdienst überwacht wird. Inzwischen hat er auch die Occupy-Bewegung stark kritisiert.“ Steffen Bockhahn, wie Gauck aus Rostock, befürchtet: „Gauck kann nicht vereinen. Er wird die soziale Spaltung Deutschlands vorantreiben. Seine verbalen Angriffe auf die Ostdeutschen beweisen, dass er die DDR noch nicht verwunden hat. Statt die Versöhnung mit der Vergangenheit anzugehen und die Deutschen zu einen, wird er neue Gräben aufreißen.“

SPD und Grüne fordern eine offene Diskussion und bieten sofort ihren früheren, damals konfrontativ aufgestellten Kandidaten an. Wenn sie vor der letzten Wahl eine solche offene Diskussion mit den anderen, auch mit der LINKEN geführt hätten, hätte es vielleicht einen gemeinsamen Kandidaten geben können.

Raus aus Afghanistan!

Karin Binder und LINKE im Bundestag lehnen Verlängerung des ISAF-Mandates einstimmig ab!

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag beteiligten sich, vor der Abstimmung über die Mandatsverlängerung, an der Mahnwache gegen die Verlängerung des ISAF-Mandats und für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. DIE LINKE stimmte am 26. Januar 2012 geschlossen gegen die Fortsetzung des Kriegseinsatzes der Bundeswehr in Afghanistan.

Persönliche Erklärung von Karin Binder zur ISAF-Mandatsverlängerung durch den Bundestag

Ich lehne die Fortsetzung des ISAF-Mandats im Wesentlichen aus folgenden Gründen ab:

Während in Afghanistan der Mohnanbau unter den Augen der interna-

tionalen Streitkräfte immer weiter ausgebaut wird, wird der Getreideanbau zurückgedrängt. Die Getreideernte reicht bei weitem nicht aus, um die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen.

Von 2010 auf 2011 erhöhte sich deshalb der Bedarf an Getreideimporten um 600.000 Tonnen (von 1,1 Mio. Tonnen auf ungefähr 1,7 Mio. Tonnen). Das Überleben von 3 Millionen Menschen hängt von ausländischen Hilfslieferungen ab. Laut Oxfam sind ein Drittel der afghanischen Kinder unterernährt.

Die afghanische Gesellschaft verfällt zusehends. „Die Zahl der Drogensüchtigen in Afghanistan nimmt weiter zu, und mit ihr die Ausbreitung von HIV und anderer Krankheiten“, so die Bundesregierung in ihrem „Fortschrittsbericht“.

2007 hatten lediglich 5 % der Afghanen „Zugang zu gesundheitlich akzeptabler Sanitärversorgung“; innerhalb der letzten 4 Jahre stieg der Anteil auf ganze 7,5 %! (Zahlen der Bundesregierung, 2011).

Festzustellen ist, nach zehn Jahren Krieg und Besetzung in Afghanistan ist die soziale Situation der afghanischen Bevölkerung katastrophal. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 43 Jahren. In Bezug auf die Gesundheitsversorgung liegt Afghanistan beim Human Development Index an letzter Stelle.

Darüberhinaus sind noch immer die Hälfte der Männer und über 90% der Frauen Analphabeten. Kinder und Jugendliche besuchen durchschnittlich 3,3 Jahre lang die Schule.

Eine Verbesserung der Situation für die Afghanische Bevölkerung ist während einer andauernden Besetzung nicht zu erwarten.

Freiheit für Whistleblower Manning

Karin Binder fordert in Brief an US-Botschaft die sofortige Freilassung des jungen Soldaten

Mit einem Brief an die US-Botschaft in Berlin hat sich Karin Binder Mitte Februar für die sofortige Freilassung des in den USA inhaftierten Soldaten Bradley Manning stark gemacht. Der junge Mann, der für die US-Armee im Irak stationiert war, wurde im Mai 2010 unter dem Verdacht verhaftet, der Enthüllungsplattform „WikiLeaks“ als sogenannter Whistleblower Videos und Dokumente zugespielt zu haben. Darunter jener Videomitschnitt des weltweit bekannt gewordenen US-Hubschrauberangriffs 2007 in Bagdad, bei dem die Besetzung gezielt auf Zivilisten und zwei Journalisten geschossen hat und insgesamt zwölf Personen ermordete.

Bradley Manning wird seitens der US-Regierung vorgeworfen, durch eine angeblich systematische Weitergabe geheimer Dokumente an „WikiLeaks“

militärisches Personal und die nationale Sicherheit der USA gefährdet sowie ausländischen Geheimdiensten und Terroristen in die Hände gearbeitet zu haben. US-Außenministerin Hillary Clinton fabulierte sogar im vergangenen Jahr herbei, dass diese Enthüllungen nicht nur als Angriff auf die US-Außenpolitik, sondern auch auf die internationale Gemeinschaft zu verstehen seien. Sie kündigte an, „aggressive Schritte unternehmen“ zu wollen, „um jene zur Rechenschaft zu ziehen, die diese Informationen gestohlen haben“.

Karin Binder hingegen protestiert in ihrem Schreiben an die US-Botschaft gegen die unmenschliche Behandlung Mannings und fordert dessen sofortige Freilassung, sowie eine angemessene finanzielle Entschädigung für das ihm zuteil gewordene Unrecht. Zudem



schloss sich die Bundestagsabgeordnete - wie bereits zuvor verschiedene internationale Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler - der Forderung an, Manning für sein Engagement den Friedensnobelpreis zu verleihen. Eine Antwort der Botschaft steht derzeit noch aus.

Wulff-Rücktritt Endlich ist es vorbei - die Quälerei hat ein Ende.

Die Diskussion um einen längst überfälligen Rücktritt des Bundespräsidenten Wulff behindert nicht länger die Debatte und Behandlung weit wichtigerer politischer Themen, wie den merkelschen Sozialkahltschlag in Griechenland, die ungelöste Finanzkrise Europas, den drohenden Krieg im Iran und die Unruhen im arabischen Raum. Man kann nur hoffen, dass die Suche nach KandidatInnen jetzt schnell von statten geht. DIE LINKE im Bundestag wird diese kritisch begleiten, aber sicher nicht in den Mittelpunkt ihrer Arbeit der nächsten Wochen stellen.

Doch abschließend noch ein paar Worte zu diesem Bundespräsidenten Christian Wulff. Dieses Präsidentenamt erfordert eben nicht nur „juristisch vertretbares Handeln“, sondern fordert auch einen hohen Grad an moralischer Integrität. Diesem Anspruch war Wulff offenbar nicht gewachsen. Vorteilsnahme im Amt – auch wenn die Unschuldsvermutung gilt, hätte allein schon der Verdacht jeden anderen Beschäftigten binnen weniger Tage seinen Job gekostet! Die Arbeitgeberseite führt dazu in der Regel den Vertrauensverlust ins Feld.

Eine andere grundsätzliche Frage wird für mich dabei erneut aufgeworfen: Hat die Republik ein solches „Präsidentenamt“ überhaupt nötig? Unser Staat hat mit dem/der KanzlerIn, dem/der BundesratspräsidentIn und der/dem ParlamentspräsidentIn mindestens 3 wesentliche RepräsentantInnen. Wird Deutschland so nicht ausreichend repräsentiert?

Werben fürs sterben...

Schulfrei für die Bundeswehr

Bereits acht Bundesländer haben inzwischen Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, auch Baden-Württemberg gehört dazu. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Jugendoffizieren und Schulen zu verstärken.

Die Angebote der Bundeswehr sind vom Verteidigungsministerium konzipiert und reichen von der Gestaltung einzelner Unterrichtseinheiten in gesellschaftskundlichen Fächern über Seminarfahrten und mehrtägigen sicherheitspolitischen Planspielen, bis hin zur Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien.



Vom 2. bis 4. März findet in Mannheim die „PAXX2“- Motto „Peace Action Training“ statt. Auf dieser Aktionskonferenz können rund um das Motto „Schulfrei für die Bundeswehr“ Workshops besucht werden; Straßentheater, Großpuppen, Flashmobs oder Videoaktionen können gelernt werden, es kann ausprobiert und ausgetauscht werden – auch die inhaltliche Auseinandersetzung, wie z.B. die Zivilklausel an Unis oder die Friedensbildung in Schulen kommt nicht zu kurz!

Das aktuelle Programm findet ihr unter:

www.paxx-action.net/upload/programm.pdf

Unser Lesetipp: Fast nackt Leo Hickmanns abenteuerlicher Versuch ethisch korrekt zu leben

Der Londoner Journalist Leo Hickman wollte ein Jahr mit gutem Gewissen leben. Mit viel Witz berichtet er von gesunder Ernährung, schonendem Umgang mit natürlichen Ressourcen, und wie seine Familie ihr Leben von Grund auf erfolgreich umgekrempelt hat.

Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund und vermittelt dem Leser beispielsweise den Unterschied zwischen Fair-Trade-Apfel aus Übersee oder heimischem Bioapfel. Auch die Haltbarkeit auswaschbarer Windeln hat Familie Hickman im Selbstversuch getestet. Mit gesundem Menschenverstand, der nötigen Prise britischen Humors



und allerlei abstrakten Prinzipien berichtet er von dem Versuch, bestimmten Großkonzernen seine Kaufkraft zu entziehen.

Taschenbuch: 320 Seiten
Verlag: Pendo

ISBN-10: 3866121008
Euro 9,95

Weltwassertag 2012



Der Weltwassertag wird jährlich am 22. März begangen. Er steht in jedem Jahr unter einem anderen Thema, informiert aber vor allem über die Bedeutung des Wassers für die Menschheit. Der Weltwassertag ist ein Ergebnis der Weltkonferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro, er wird seit 1993 jährlich aufgrund einer Resolution der UN-Generalversammlung vom 22. Dezember 1992 begangen.

2012 konzentrieren sich die Feierlichkeiten zum Weltwassertag auf Marseille, die Gastgeberstadt des Weltwasserforums. Die UNESCO stellt dort den vierten Weltwasserbericht vor. Schwerpunkt wird das Thema Nahrungssicherheit und Wasser sein. Die Weltlandwirtschaftsorganisation FAO wird die Hauptverantwortung für die Gestaltung des diesjährigen Welttags tragen.

Haben wir genug Wasser oder zu wenig? Brauchen wir ein Menschenrecht auf Wasser? Wie können wir Überschwemmungen und Dürren vorbeugen? Wird zuviel Wasser in der

Landwirtschaft verbraucht? Wird es Konflikte ums Wasser geben? Ohne Wasser kein Leben. Seit 1965 verbessert die UNESCO das Wissen über Wasser und den richtigen Umgang damit weltweit. Seit den 1980er Jahren weiß auch die breite Öffentlichkeit, dass Wasser eine begrenzte Ressource ist und diskutiert über die Zukunft der Wasserversorgung mit.

Unser

Wasserverbrauch-Beispiel:

Der weltweite Kaffeekonsum erfordert 120 Mrd. m³ Wasser, das entspricht 2 % des Wasserbedarfs für Feldfrüchte. Diese Menge gleicht dem 1,5 fachen jährlichen Rheinabfluss. Mit 6% Anteil steht Kaffee mit an der Spitze derjenigen Güter, die den globalen Wasserhandel ausmachen. Die Herstellung von 1 kg Röstkaffee erfordert 21.000 l Wasser.

Bei 7g fertigem Kaffeemehl pro Tasse ergeben sich 140 Liter für eine fertige Tasse Kaffee. Diese Menge übersteigt bereits unseren durchschnittlichen täglichen Trinkwassergebrauch von 125 l pro Person..

6,5 Prozent ver.di-Forderung: Jetzt durchsetzen!

„Ver.di geht gemeinsam mit der IG Metall in die Tarifrunde: Beide Gewerkschaften fordern 6,5 Prozent, jetzt muss dies auch durchgesetzt werden,“ erklärt Michael Schlecht, gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE.

Genau wie in der Metallbranche besteht ein deutlicher Nachholbedarf bei den Löhnen. Deshalb hätte die Forderung auch durchaus höher sein können. Entscheidend ist jedoch die Durchsetzung. Ohne eine massive Bewegung bei den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, ohne Streiks geht es nicht.

Und es muss Klarheit geschaffen werden: Die Finanzprobleme der öffentlichen Kassen, die hohe Staats-

verschuldung ist nicht entstanden, weil die Löhne in der Vergangenheit zu hoch waren. Die Verschuldung ist vor allem Resultat der Bankenrettung und von Steuergeschenken an Reiche und Vermögende seit 2000. Hätten wir heute noch die Steuergesetze aus der Zeit Helmut Kohls, würden jährlich 50 Milliarden mehr in die öffentlichen Kassen fließen. Dann wären auch Lohnabschlüsse von zehn Prozent kein Problem. In der Tarifrunde muss auch Druck gemacht werden, damit Reiche und Vermögende durch Millionärsteuer, höhere Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer und weiteres wieder deutlich zur Kasse gebeten werden.

„Während die Exportüberschüsse seit 2000 massiv steigen, ist Deutschland



Weltmeister beim Lohndumping,“ sagt Karin Binder hierzu. „Die Profite heben ab, während die Einkommen stagnieren. Unter diesem Eindruck sind Lohnforderungen von 6,5% mehr als berechtigt!“

Linke Termine

8. März 2012 - 19.30 Uhr

Internationaler Frauentag im Jubez Cafe

am Kronenplatz
u.a. FRAUEN IN ACTION,
FRAUENCHOR BELA RADO,
ANTJE SCHUMACHER,
ESS-Bar zum Schluss,
Unkostenbeitrag 5 Euro

15. März 2012 - 19 Uhr

Öffentliche Mitgliederversammlung der LINKEN

mit Michael Schlecht, MdB
Reichtum verteilen! Steuerpolitik der LINKEN
Wallhalla, Augartenstr. 27
KA-Südstadt

16. März 2012

LINKE

Betriebsrätekonferenz Stuttgart

23. März 2012 - 19.00 Uhr

Veranstaltung zum equal pay day

Kinemathek Karlsruhe

27. März 2012 - 18:00 Uhr

Treffen LAG

Betrieb & Gewerkschaft

Wahlkreisbüro Karlsruhe

27. April 2012

Sarah Wagenknecht in Karlsruhe

Ort und Uhrzeit werden noch bekanntgegeben

15. April 2012 - 10 bis 12 Uhr

Parlamentarisches Frühstück

im Wahlkreisbüro Karlsruhe

Weitere Termine und Veranstaltungshinweise finden Sie unter www.karin-binder.de und www.die-linke-ka.de

Wahlreisbüro Karlsruhe, Kreuzstr. 4, KA



Ute Gsöls-Puhl

Tel: 0721-3548575
karin.binder@wk.bundestag.de



Wolfgang Weber

Tel: 0721-3548577
wolfgang@karin-binder.de

Anschrift und Kontakt:

Wahlkreisbüro MdB Karin Binder,
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe,
Tel: 0721-3548575
Fax: 0721-35489396
Mail: info@karin-binder.de

Öffnungszeiten:

Montag bis Mittwoch 10-14 Uhr,
Donnerstag 14-16 Uhr.

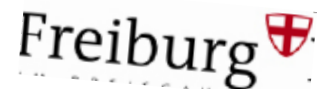


Bürgerbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, FR



Gregor Mohlberg

Tel: 0761-29280730
gregor@karin-binder.de



Anschrift: Bürgerbüro MdB Karin Binder,
Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg

Öffnungszeiten:
Montag bis Mittwoch 11-16 Uhr

Alles über die Arbeit von Karin Binder: www.karin-binder.de

Thematische Newsletter: www.linksfraktion.de/newsletter

Videos: www.youtube.com/linksfraktion

Website der LINKEN in Karlsruhe: www.die-linke-karlsruhe.de

Mitglied werden: www.die-linke.de/mitgliedschaft/eintreten

Die Südwest-LINKE: www.die-linke-bw.de

Themenseite Nanotechnik: www.nanorisk.de

Sudoku

Sudoku, das beliebte Zahlenrätsel gibt es in jeder Ausgabe von **kurz&bündig** neu.

So geht's: Das Puzzle muss vervollständigt werden, dass...

- a) in jeder waagerechten Zeile,
- b) in jeder senkrechten Zeile und
- c) in jedem der neun Quadrate jede Ziffer von 1 bis 9 einmal auftaucht.

	6				4		
	9	8	7			1	2
				2			5
			1		5	9	
6	2					4	3
	5	7		9			
8			2				
2	7			8	9	5	
		6				8	

Karin Binder kocht



Spaghetti mit sommerfrischer Tomatensoße

Zutaten

Für die Soße: 4-8 reife Tomaten, 1 Gemüsezwiebel, 2 Knoblauchzehen, frisches Basilikum, frischer Koriander oder Petersilie, 2 TL Salz, 1-2 Messerspitzen schwarzer Pfeffer, 1-2 EL Olivenöl, 1 Schuss Balsamico, reichlich geriebener Parmesan oder Pecorino,
Pasta: Spaghetti, 1 EL Olivenöl, 2 TL Salz

Zubereitung

Tomaten vierteln, Zwiebeln schälen und vierteln, Knoblauch schälen und halbieren, Basilikum und Koriander waschen und von Stengeln befreien, alles in ein höheres Gefäß geben, Salz und Pfeffer hinzufügen, Balsamico und Olivenöl zugeben und umrühren. Nun mit dem Zauberstab je nach Geschmack grober oder feiner pürieren, ggf. mit Salz, Pfeffer und Balsamico abschmecken.

Spaghetti in gesalzenem Wasser al dente kochen, in einer großen vorgewärmten Schüssel anrichten und etwas Olivenöl drüber geben. Die Soße über die bissfesten Spaghetti geben. Vor dem Servieren noch mit Kräuterblättern dekorieren. Reichlich von dem geriebenen Parmesan oder Pecorino bereitstellen und nach persönliche, Geschmack über die Spaghetti geben

Frische Verbraucherpolitik mit allerlei Lebensqualität

Zutatenliste

Für eine verbraucherfreundliche Gesellschaft, die nach dem Anspruch handelt, Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken, zu schützen und zu informieren, benötigen wir:

- die Stärkung der persönlichen und gemeinschaftlichen Verbraucherrechte
- eine wirksame Marktüberwachung zur Kontrolle von Unternehmen
- gut ausgestattete und starke Verbrauchervertretungen (z.B. Verbraucherzentralen)
- handlungsfähige und gut ausgestattete staatliche Überwachungsbehörden, die alle Kontrollergebnisse allgemeinverständlich veröffentlichen
- ein durchsetzungsstarkes Verbrauchministerium, das im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher handelt
- moderne Methoden der Verbraucherbildung

Guten Appetit wünscht Ihnen

Karin Binder MdB Die Linke im Bundestag

weitere Rezepte für alle Lebenslagen unter www.karin-binder.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G